516

Frankfurt a. M. aus mit nach Leipzig gelockt unter dem Vorwand, ihm eine Stellung in einem größeren Etablissement verschaffen zu wollen. Der Wirtschaftsgehilfe mußte für den Schlosser das Reisegeld bezahlen, ein Paar neue Schuhe kaufen und ihm noch 10 Mk. leihen. Hier führte der **Schwindler** den jungen Mann in ein Lokal, nachdem er ihm noch vorgeredet, daß sein neuer Herr ihn im Automobil abholen werde. Außerdem hatte er sich noch in den Besitz des Hinterlegungsscheines über den Koffer des Unerfahrenen gesetzt und diesen, der Sachen von erheblichem Werte und Legitimationspapiere auf den Namen Anton Staudacher enthielt, vom Bahnhof abgeholt. Der Schwindler ist flüchtig.

— **Hohenstein-Ernstthal.** Die **Stadtverordneten-Ergänzungswahlen** finden dieses Jahr am 20. November statt. Zu wählen sind 6 ansässige und 4 unansässige Stadtverordnete. Die Sozialdemokraten sind bereits in die Agitation eingetreten. Sie stellen eine eigene Liste auf. Zur Bürgerrechtserwerbung haben dieselben auch schon eine intensive Agitation entfaltet und damit auch viel Erfolg gehabt, denn eine große Anzahl Arbeiter hat das Bürgerrecht, trotz der entstehenden Kosten, erworben. Die Sozialdemokraten wollen dieses Jahr alles versuchen, um einige ihrer Anhänger in das Stadtparlament zu bringen. Der letzte sozialdemokratische Vertreter scheidet dieses Jahr mit aus. Ob die bürgerlichen Parteien gesonderte oder gemeinsame Listen aufstellen werden, darüber verlautet noch nichts.

— **Zwickau.** Die Belegschaften der hiesigen Kohlenwerke hielten am Sonntag **vier Belegschaftsversammlungen** ab. Sie fordern gleich den Oelsnitz-Lugauer Belegschaften eine Lohnerhöhung von 15 Prozent, sowie Abschaffung der Sperre und der getrennten Gedinge.

— **Glauchau.** Der 14jährige H. aus Albertsthal hatte sich durch einen Holzsplitter am Fuße eine Wunde zugezogen, die zunächst unbeachtet blieb. Nachdem der Junge jetzt infolge **Blutvergiftung** in Starrkrampf verfallen ist, wurde ein Arzt zu Rate gezogen, der die sofortige Ueberführung des Erkrankten in das hiesige Krankenhaus anordnete.

— **Werdau.** In einer hiesigen Maschinenfabrik kam der verheiratete Tischler Leisten **beim Einsägen der Bandsäge** dieser mit der rechten Hand zu nahe, wobei ihm diese abgeschnitten und außerdem der rechte Oberarm dreimal gebrochen wurde.

— **Aue.** Ein jedenfalls **geisteskranker Mann,** der sich im sogenannten Griesebach bei Lauter gebadet hatte und dann im Adamskostüm umherlief, wurde aufgegriffen und in sichere Verpflegung gebracht. Dort gab er auf Befragen an, daß er ein Kaufmann aus Köln sei und von dort abgereist, um seine in Annaberg wohnhafte Braut zu besuchen, und jetzt eben auf der Reise dahin sei. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß er Johannes Paul aus Aue war, worauf sein hier wohnender Bruder von dem Auffinden des Geisteskranken benachrichtigt wurde, der ihn später selbst abholte.

— **Plauen i. V.** Auf **offener Straße erschossen** hat sich hier in der Nähe des unteren Bahnhofes der 23jährige Maschinenschlosser Schluckwerter aus Chemnitz. Der junge Mann hatte hier ein Liebesverhältnis. Vor der Tat hatte er noch eine heftige Auseinandersetzung mit seiner Geliebten, die anscheinend nichts mehr von ihm wissen wollte. Er soll die Waffe erst auf seine Geliebte gerichtet haben. Als diese in das Haus floh und die Tür verschloß, jagte er sich eine Kugel in den Kopf.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— **Staatssekretär v. Tschirschky** ist von seiner Italienreise nach Berlin zurückgekehrt.

— **Der Etat** befindet sich zurzeit noch im Reichsschatzamt und dürfte erst in den nächsten Tagen dem Bundesrat zugehen. Infolgedessen wird er dem Reichstag, wie das schon vielfach vorgekommen ist, nicht bei Beginn der Tagung vorliegen, sondern ihm, da der Bundesrat voraussichtlich etwa vier Wochen zur Durchberatung brauchen wird, erst um soviel später zugehen. Die Balancierung des Etats dürfte gerade in diesem Jahre ziemlich schwierig sein, da einerseits Neuforderungen für militärische Zwecke zu erwarten stehen, andererseits die Reichsfinanzreform bekanntlich neue Steuerquellen in der mutmaßlichen Höhe von zirka 176 Millionen Mark statt 200 Millionen erschlossen hat und die bisherigen Ergebnisse derselben vielfach hinter dem bisherigen Voranschlag zurückgeblieben sind. Eine Ausnahme davon macht zunächst nur die Zigarettensteuer, die mehr gebracht hat, als angenommen war, doch läßt sich naturgemäß noch nicht übersehen, ob dieser Mehrertrag dauernd sein wird oder ob er nicht darin begründet ist, daß gerade im Anfang sich Versteuerungen in größerem Maßstab nötig machten. Die Erschließung neuer Steuerquellen ist aber, wie wir erfahren, zunächst nicht geplant; das Defizit dürfte auf dem bisherigen Wege durch Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt werden. Auch die Nachricht, daß eine Reform der Maischbottichsteuer geplant sei, ist in dieser Form unrichtig. Dagegen dürfte, was bereits in der vorigen Tagung angekündigt ist, sich der Reichstag in dieser Tagung mit einer Herabsetzung der Maischbottichsteuervergütung zu befassen haben.

— **Aus Anlaß der Fleischnot** fand gestern in Berlin eine sehr zahlreich besuchte außerordentliche Vorstandssitzung des deutschen Städtetages statt. Nach sehr langer Erörterung wurde beschlossen,

von der Einberufung eines deutschen Städtetages Abstand zu nehmen, dagegen an den Reichskanzler und den Reichstag eine Petition zu richten, in der gesagt werden soll, die Versicherung, daß die Fleischnot bezw. Fleischteuerung nur eine vorübergehende sein werde, habe sich leider nicht erfüllt, dagegen sei die schon vor zwei Jahren vom deutschen Städtetag ausgesprochene Befürchtung, daß die Fleischpreise sich nicht vermindern, sondern noch mehr steigern werden, in Erfüllung gegangen. Angesichts dieser Tatsache soll der Reichskanzler und der Reichstag unter Beibringung geeigneten Materials ersucht werden, schleunigst unter Beobachtung der notwendigen sanitären Maßnahmen die Grenzen für die Vieheinfuhr zu öffnen und die Fleischzölle vorläufig aufzuheben.

Dieser Appell dürfte, soweit er sich auf die „schleunige" Abhilfe bezieht, wohl wenig nützen. Denn entgegen anders lautenden Nachrichten wird der „Dtsch. Tagesztg." „von sonst gutunterrichteter Seite" mitgeteilt, daß in Sachen der Fleischteuerung keine besonderen Maßregeln getroffen werden sollen, bevor das Ergebnis der in nächster Zeit stattfindenden außerordentlichen Viehzählung in Preußen feststeht. Darüber können noch sechs oder auch acht Wochen vergehen. Die Fleischpreise werden dieselben wie heute bleiben. Die Hauptsache ist, daß auf die steinreichen Herren Agrarier Rücksicht genommen wird, der übrige Teil des deutschen Volkes mag sehen, wie er sich mit der Teuerung abfindet! — so denkt man in Berlin.

— **Eine Kundgebung der nationalen Arbeiter- und Gehilfenschaft** findet am 18. November d. J. vormittags im Zirkus Busch in Berlin statt. Es soll in schlichter, eindrucksvoller Weise das Silberjubiläum der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 (Einleitung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung) gefeiert werden. Als Redner sind zwei Abgeordnete in Aussicht genommen. Die Veranstaltung geht aus vom Ausschuß für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten, dem die christlichen Gewerkschaften, die konfessionellen Arbeitervereine und der Deutschnationale Handlungsgehülfenverband mit ihren Berliner Zweigvereinen angehören.

— **Das Zeugniszwangsverfahren im Journalismus.** In ihrer letzten Sitzung hat die württembergische Abgeordnetenkammer noch einen Antrag des Württembergischen Journalisten- und Schriftstellervereins, die Regierung möge im Bundesrat auf die Aufhebung des Zeugniszwangsverfahrens für Journalisten dringen, mit 58 gegen 18 Stimmen angenommen.

— **Aus der nationalliberalen Partei.** Auf eine vom Nationalliberalen Verein in Chemnitz ausgehende Einladung versammelte sich dort eine größere Zahl von Vertrauensmännern der Nationalliberalen Partei aus Chemnitz und den benachbarten Wahlkreisen. Der Zweck der vom Abg. Langhammer geleiteten Besprechung war die Bildung einer Unterorganisation zur Ausdehnung der Werbearbeit und Vorbereitung der Landtags- und Reichstagswahlen. Es wurde beschlossen, einen Parteisekretär anzustellen, der im Einvernehmen mit der Parteileitung und dem Generalsekretär die verschiedenen Wahlkreise agitatorisch bearbeiten soll. Man hofft, auf diese Weise die Gesamtorganisation zu fördern und erwartet, daß auch in anderen Teilen des Landes die organisatorische Arbeit angeregt wird.

— **Ueber die Haltung des Zentrums zum polnischen Schulstreik** ist folgende Auslassung der „Germania" charakteristisch:

„Wenn die Regierung erwartet, der Schaden, den die Kirche erleide, werde schließlich zur Beendigung des Schulstreiks führen, so erinnert das an gewisse Erwartungen, die sie seinerzeit an die Fortsetzung des Kulturkampfes knüpfte, die sich dann aber nicht verwirklichten. Es verrät zugleich, daß die Regierung der ganzen Bewegung gegenüber schon ratlos ist und fremde Hilfe in Anspruch nehmen möchte. Wenn ihr die Schädigung der Kirche Sorge bereitet, so sollte sie selbst doch zunächst Maßnahmen vermeiden, die zu dieser Schädigung führen. Sie sollte auch nicht vergessen, daß der Schaden, den die Kirche hat, zuletzt auf den Staat zurückfällt. Umkehr auf dem Wege, auf dem sie in eine Sackgasse geraten ist, wäre das Klügste. Indem sie sich dessen weigert, dient sie doch schließlich nur den Agitatoren, die ihr jetzt die wachsenden Verlegenheiten bereiten. Sie hält ein Nachgeben wohl für Schwäche, während es ein Beweis der Stärke sein könnte. Im Kulturkampf hat man schließlich einsehen müssen, daß man mit der Unnachgiebigkeit den Staat am schwersten schädige. Man billigt keineswegs die Ausschreitungen radikaler Polen, wenn man ihr jetzt rät, diesen den Boden für ihre Agitation zu entziehen durch Verzicht auf eine falsche pädagogische Maßnahme."

Die „Germania" spiegelt hier wieder den falschen Tatbestand vor, als würden irgendwelche berechtigten kirchlichen Interessen verletzt, wenn der Staat verlangt, daß in deutschen Schulen die Kinder, die genügend Deutsch können, auch den Religionsunterricht deutsch haben. Es engt ja niemand den Kindern das Recht ein, außerhalb der Schule polnisch zu beten und polnischen Gottesdienst zu besuchen.

— **Ein „weißer Rabe".** Kardinalfürstbischof Kopp hat in der Angelegenheit der von 10 Geistlichen einberufenen Volksversammlung, die sich mit dem Schulstreik befassen sollte, energische Schritte unternommen. Der Kardinal hat dem Hauptbeteiligten, Pfarrer Skosronski, es zur Pflicht gemacht, das Komitee aufzulösen, und den Wunsch ausgesprochen, daß die Versammlung unterbleibt. Daraufhin gaben die Geistlichen bekannt, daß das Komitee aufgelöst sei und die Versammlung nicht stattfindet. In oberschlesischen Polenkreisen herrscht deshalb große Erregung.

— **Einheitslohn-Tarife in der Textilindustrie.** Der letzte deutsche Textilarbeiter-Kongreß hat bekanntlich beschlossen, in allen Branchen der Textilindustrie einheitliche Lohntarife aufzustellen, bezw. solche zu fordern. Ueber die Grundlagen dieser Lohntarife äußert sich jetzt das Organ des Textilarbeiter-Verbandes eingehender. Zunächst müsse an Stelle des Lohnberechnungssystems nach Schußzählung im Zentimeter oder nach 1/4 Zoll, wie es in der Weberei üblich ist, das Berechnungssystem nach den Angaben der Schuß-Uhr treten. Zur Festsetzung der Lohntarife seien sofort an allen Orten und für jede Branche Tarif-Kommissionen der Weberei-Arbeiter zu wählen. Die Spinnerei- und Hilfsarbeiter der Textilbranche könnten von der Forderung einheitlicher Lohntarife absehen, da sie schon heute ihre Arbeitsleistung täglich kontrollieren könnten, was bei den Weberei-Arbeitern in Hinsicht auf die verschiedenen zu verarbeitenden Garnsorten in den einzelnen Zweigen nicht möglich wäre.

— **Aus der Arbeiterbewegung.** Eine Konferenz der Bergarbeiter des Reviers Halle verwarf den Gedanken an einen Streik „als für absehbare Zeit verfehlt". Die Kommissionen der einzelnen Gruben sollen mit ihren Verwaltungen über eine Verbesserung der Lage der Arbeiter verhandeln. — Wie aus Hamburg gemeldet wird, haben die Steuerleute der Vereinigten Elbschiffahrts-Gesellschaften, die sich im Ausstand befanden, ihre Arbeit wieder aufgenommen. Sie wollen nunmehr mit den Arbeitgebern wegen Aufbesserung des Lohnes direkt verhandeln. Die Arbeitgeber wollen die vorgebrachten Wünsche der Steuerleute in Erwägung ziehen und demnächst in Verhandlungen darüber eintreten.

— **Ein Blick in den „Zukunftsstaat".** Unter diese Ueberschrift bringt das Buchdruckerorgan „Korrespondent" eine Anzahl Zuschriften zum Abdruck, in denen die Arbeitszustände im „Vorwärts" arg bloßgestellt werden. Es wird unter anderem ein Bericht angeführt, wonach die Löhne der Maschinenmeister so tief wie möglich gedrückt (!) würden, und überhaupt in allem das Bestreben zu erblicken sei, in echt kapitalistischer Weise aus der Arbeitskraft eines jeden einzelnen so viel wie möglich herauszuschlagen (!). In einer Einsendung eines Stereotypeurs aus der „Vorwärts"druckerei wird festgestellt, daß, wie durch eine Statistik nachgewiesen wurde, die Stereotypeure im „Vorwärts" von allen Berliner Druckereien die meiste Arbeit zu leisten hatten, und man erfährt im Anschluß hieran die erbauliche Tatsache, daß der Stereotypeur, der die Statistik veranlaßt und die Interessen seiner Kollegen vertreten hatte, von dem Geschäftsleiter des „Vorwärts" die Kündigung erhielt mit der Begründung, „er schädige das Geschäft"! Vom Geschäftsführer Fischer wird weiter berichtet, wie er sich als „Herr im Hause" aufspielt und wie er mit den Arbeitern verkehrt. Einige Aussprüche sind ganz „bourgeoisgemäß", wie: „Wir lassen uns nichts hineinreden in die Maßnahmen des Geschäfts", „Wer sich nicht fügt, den lassen wir die Konsequenzen ziehen", „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie gehen", und „Ach was, persönliche Ehre des Arbeiters". Das Buchdruckerblatt kommt zu dem Ergebnis, daß, wer Parteigenosse im Sinne des „Vorwärts" sein will, unfähig ist zu positivem Schaffen in der Gewerkschaft ... Bis jetzt haben die Herren nur bewiesen, daß sie schimpfen, verleumden, verdächtigen und — ehrabschneiden können, weiter aber auch nichts. Hinter ihren Worten steckt die totale Unfähigkeit, nur eins ihrer großen Worte in die Tat umzusetzen.

Koloniales.

— **Verstaatlichung der Firma v. Tippelskirch u. Co.?** Zu dem Artikel der „Tägl. Rosch.", welcher berichtet, daß mit der Firma v. Tippelskirch u. Co. fortgesetzt Verhandlungen geführt werden, die dahin gehen, die genannte Firma zu verstaatlichen, erfährt das „Hirsch-Bur." von zuverlässiger Seite, daß die bereits im Mai begonnenen Verhandlungen mit der Firma v. Tippelskirch u. Co. fortgesetzt werden und zwar im Sinne der bekannten Reichstagsresolution, welche darauf abzielt, sämtliche über ein Etatsjahr sich erstreckenden Lieferungsverträge aufzulösen.

Frankreich.

— **Das Programm des Ministeriums Clemenceau.** In der gestrigen Sitzung gab Ministerpräsident Clemenceau bei vollbesetztem Hause ministerielle Erklärungen ab. Das Programm des Kabinetts, führte er aus, weise darauf hin, daß das neue Kabinett nicht die Folge einer politischen Krisis sei und infolgedessen bei der Auswahl der Mitglieder die Zusammensetzung der Kammermehrheit berücksichtigt worden sei. Die Regierung sei daher ein Spiegel der nationalen Vertretung. Dementsprechend ist Ihnen unsere auswärtige Politik bereits bekannt, denn bei den Wahlen hat das Volk seine Wünsche, den Frieden aufrecht zu erhalten, und auch die Fortsetzung des republikanischen Regimes zu sehen, ausgesprochen. Man könne stolz darauf hinweisen, daß seit dem 35jährigen Bestehen der Republik kein Augenblick Grund vorhanden gewesen ist, Frankreich ernstlich zu beschuldigen, den europäischen Frieden bedroht zu haben. Diese Politik wollen wir auch jetzt befolgen. (Dieser Teil der ministeriellen Erklärung wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.) Clemenceau erklärt dann weiter:

Angesichts der Tatsache, daß der Weltfriede auf Waffengewalt beruhe, wäre es unklug, die Streitkräfte zu verringern, andererseits beabsichtige das Kabinett, das gute Einvernehmen mit den anderen Mächten und die bestehenden Allianzverträge aufrecht zu erhalten, die im Interesse des Friedens getroffen seien. Zur Aufrechterhaltung des Friedens wollen wir uns auf die Diplomatie stützen.

In bezug auf die innere Politik befürwortete der Kabinettchef das Programm der demokratischen Regierung. Was die religiöse Politik betrifft, so soll das Trennungsgesetz ohne Schwäche durchgeführt werden und wenn nötig, sogar diesbezügliche Gesetze eingebracht werden. Durch die Gründung eines Arbeitsministeriums wird beabsichtigt, eine größere Gerechtigkeit betreffs des allgemeinen Stimmrechts eintreten zu lassen. Die Regierung ist fest entschlossen, das Arbeiterpensionsgesetz zu verwirklichen. Die Gesetze über Arbeitersyndikate sollen verbessert werden und die Regierung wird die Versammlungsfreiheit beantragen. Das Programm enthält ferner die Tatsache, daß die Regierung entschlossen ist, die Westbahn zu verstaatlichen. Weiter soll ein neues Gesetz angekündigt werden, das die Regierung ermächtigt, schlecht verwaltete Gruben zu übernehmen, und Maßnahmen zum ausgedehnten Schutz der Arbeiter zu treffen. Ferner kündigt das Programm verschiedene Reformen an, die der Landwirtschaft zugute kommen sollen.